

Skandale und Mikroaggressionen

Aus meiner Schulzeit erinnere ich das folgende Bonmot eines Lehrers: Der Unterschied zwischen einem Politikwissenschaftler und einem Politiker entspreche dem zwischen einem Germanisten und einem Germanen. Es versteht sich, dass die wissenschaftliche Analyse von Politik etwas anderes ist als Politik selbst. Das heißt aber nicht, dass die Analyse politisch indifferent sein muss oder sein sollte. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist eines der Themen in dem von *Marc Dietrich*, *Günter Mey* und *Martin Seeliger* edierten Heftschwerpunkt über „Skandal und Empörung“ der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial*.¹ Als Beispiele für politische Skandale aus der alten Bundesrepublik nennen die Herausgeber u.a. die Barschel- und die Flick-Parteispendenaffäre sowie die gefälschten „Hitler-Tagebücher“. Das Internet begünstige heute einerseits Online-Aktivismus gegen Diskriminierung, andererseits aber auch eine „verknappte und überpointierende“ Kommunikation (4). Die Beiträge des Heftes verbinde „eine Grundidee: Sie versuchen, das Gesellschaftliche und Politische von seinen symbolischen Repräsentationen her zu verstehen“ (7). Die Texte über i.e.S. politische Skandale konzentrieren sich auf die Untersuchung medialer Kommunikation, was mitunter zu Unschärfen in der Analyse führt. Das zeigt sich u.a. in *Simone Jungs* Rekonstruktion einer Kontroverse um die antifaschistische Punkband *Feine Sahne Fischfilet*. Auf Druck von AfD- und CDU-Politikern war 2018 ein im Bauhaus Dessau geplantes Konzert abgesagt worden. Obwohl die Autorin den Rechtspopulismus ablehnt, erscheint bei ihr die Gegenseite als treibende Kraft. Dies legt zumindest die Wortwahl nahe, wenn es heißt, ein *Zeit-Journalist* habe zur „Politisierung des Diskurses“ (100) beigetragen, als er das Agieren von AfD und CDU kommentierte. Jung verwendet Metaphern eines Spiels mit dem Feuer: Die Kritik „schürt“, „entfacht“ und „entzündet“, etwa einen „Antagonismus zwischen Links und Rechts“ (104) – so als werde dieser durch die Medien erst hervorgebracht. Die Rede von einem „Spannungsfeld zwischen national(-konservativen) Ideologien und der Idee einer Offenen Gesellschaft“ (105) übernimmt zirkulierende Begriffe (was wäre eine „offene Gesellschaft“?) und siedelt den Streit um das Konzert lediglich in der Vorstellungswelt an.

Die Interviewstudie von *Manuel Dieterich* über den Konflikt zwischen der Tübinger Stadtverwaltung und Anwohnern um eine geplante Flüchtlingsunterkunft lässt ebenfalls Fragen offen. Der Verfasser interpretiert den Konflikt als eine Eskalation wechselseitiger moralischer Verurteilung. Aus dem zitierten Material wird aber nicht recht deutlich, was für und was gegen die von Vertretern der Verwaltung geäußerte Vermutung spricht, bei manchen Anwohnern spielten fremdenfeindliche Motive eine Rolle. Unkommentiert bleibt die Deutung einer Interviewpartnerin, wonach Anwohner sich von „linken Palmer-Grünen-Wählern“ (79) zu desillusionierten Nichtwählern gewandelt hätten. Tübingens grüner Oberbürgermeister Boris Palmer ist wiederholt durch rechtspopulistische Sprüche bekannt geworden, was zuletzt zu einer deutlichen Distanzierung der Bundesspitze der Partei geführt hat.

¹ *Berliner Debatte Initial*, Jg. 31, H. 2/2020, 172 S., 15 Euro.

Anja Pelzer und Elena Pilipets widmen sich der „Ibiza-Affäre“, die 2019 zum Bruch der ÖVP-FPÖ-Koalition in Österreich führte. Auslöser der Affäre war die Veröffentlichung einer heimlich angefertigten Videoaufnahme, die zwei bislang öffentlich nicht bekannte Personen in einer Villa auf der spanischen Insel heimlich angefertigt hatten. Die Aufnahme zeigt die beiden im Gespräch mit Heinz-Christian Strache, dem damaligen Bundesparteiobmann der FPÖ, und mit dem FPÖ-Politiker Johann Gudenus. Eine der Unbekannten hatte sich als russische Investorin ausgegeben und die Übernahme der *Kronen Zeitung* sowie deren Ausrichtung zugunsten der FPÖ in Aussicht gestellt. Im Gegenzug bot ihr Strache öffentliche Bauaufträge sowie die Privatisierung eines ORF-Kanals an. In ihrem Aufsatz konzentrieren sich Pelzer und Pilipets auf Facebook-Auseinandersetzungen um den Skandal sowie auf ästhetische und filmtheoretische Aspekte des Mitschnitts. Diesen bezeichnen sie mehrfach als „Überwachungsvideo“, obwohl er das im alltagssprachlichen Sinne nicht ist. Die Autorinnen bezweifeln seinen dokumentarischen Gehalt nicht, aber sie signalisieren doch Vorbehalte. So „klar das Ergebnis der Echtheitsprüfung des Ibiza Videos“ auch ausgefallen sei, so verhalte sich doch „das Filmische (...) der Realität gegenüber indifferent“ (115); an anderer Stelle monieren sie eine „rechtspopulistische Welteinteilung in wahr und falsch“ (ebd.).

Besonders lesenswert ist die Analyse von *Il-Tschung Lim* zu Kontroversen um sogenannte Mikroaggressionen an US-Universitäten. „Mikroaggressionen bezeichnen alltägliche sowohl absichtlich als auch unbewusst kommunizierte Beleidigungen“, die sich auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, „ethnische Herkunft“ etc. beziehen (87). „Exemplarisch steht dafür die Frage ‚Woher kommst du?‘, die „in einen sekundären Bedeutungsrahmen verschoben und sodann als Aussage über die Nichtzugehörigkeit (...) des Betroffenen interpretiert wird“ (ebd.). Eine Funktion des Konzepts bestehe darin, „Ambiguitäten in Interaktionssituationen aufzulösen, indem ambivalente Äußerungen oder Handlungen zu Evidenzen vereindeutigt (...) werden“ (91). Dass es im Alltag subtile diskriminierende Beleidigungen gibt, steht außer Frage. Das zentrale Problem des Konzepts der Mikroaggression sieht Lim darin, dass von der Tatsache makrostruktureller Ungleichheiten unvermittelt auf die interpersonale Ebene und vom Vorwurf der Aggression bereits mit deren Vorliegen geschlossen wird. Für die weitere Forschung schlägt der Autor eine „Historisierung des Phänomens“ (93) vor und verweist auf die Debatten um „political correctness“ in den 1990er Jahren. In Deutschland seien die diesbezüglichen Diskurse der „Kultur- und Poplinken“ mittlerweile „in das akademische Feld eingewandert“ und nähmen dort „eine paradoxe Stellung“ ein; sie seien „radikal systemkritisch und radikal systemkonform zugleich“ (94). Zur Frage, worin sich dieser Widerspruch inhaltlich äußert, hätte man sich weitere Ausführungen gewünscht. Weitere Heftbeiträge befassen sich mit Skandalen um Computerspiele (*G. Fröhlich, J. Eickelmann*), Fernsehserien (*G. Balke, M. Seeliger*) und Bundesratsdebatten (*C. Campen/O. Dimbath*).

Michael Zander

US-Wahlen, Engels und Die Linke

Die Präsidentschaftswahlen in den USA bilden einen Schwerpunkt der zehnten Ausgabe des in Wien erscheinenden *Tagebuchs. Zeitschrift für Auseinandersetzung*¹. Während derzeit viel über die politische Spaltung der US-amerikanischen Gesellschaft zu lesen ist, hebt *Tyma Kreitt* in ihrem Artikel die interne Spaltung der Demokratischen Partei in Zentristen und Linke hervor. Die Republikaner stünden weitgehend hinter Trump und zeigten sich deutlich geschlossener als die Demokraten. Trumps pauschaler und taktisch motivierter Sozialismusvorwurf gegenüber den Demokraten zielt nicht nur auf die eigenen Wähler, sondern solle die internen Konflikte der Demokraten verstärken. Joe Biden und die Zentristen reagierten prompt und wie gewünscht mit einer deutlichen Abgrenzung gegenüber jeglicher Form des „Sozialismus“ und enttäuschten und demobilisieren damit einen Teil der eigenen Wählerschaft. Die veröffentlichten Tagebucheinträge von *Robert Cohen* über die Präsidentschaft Trumps und die politische Lage in den USA in den letzten Monaten ergänzen den Schwerpunkt des Heftes.

Die Redaktion des *Tagebuchs* knüpft an das bis 1989 erschienene *Wiener Tagebuch* an, indem sie Beiträge aus früheren Jahrzehnten neu veröffentlicht. Das aktuelle Heft enthält Auszüge aus *Eric Hobsbawms* 1971 formulierter Analyse zum „chilenischen Experiment“ unter Salvador Allende. Darin plädierte Hobsbawm für einen „kühlen und nüchternen Blick“, der auch die Schwierigkeiten erkennt, z. B. die fehlende dynamische Mobilisierung der Massen.

Natascha Strobl setzt sich mit der Migrationspolitik der österreichischen Bundesregierung auseinander. Die Weigerung der Koalition aus ÖVP und Grünen, unbegleitete Kinder aus dem Flüchtlingslager Moria aufzunehmen, charakterisiert sie als Ausprägung „roher Bürgerlichkeit“ und Legitimierung von Menschenfeindlichkeit. *Florian Wenninger* wendet sich anlässlich der von Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) angekündigten „Offensive gegen importierten Antisemitismus“ der Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus in der rechten Volkspartei ÖVP zu. Hinter der angekündigten Kampagne stehe auch ein politisches Kalkül. Wenningers Fazit lautet: „Antisemitismus bekämpfen hieße, mit diesem politischen Kalkül zu brechen, statt in veränderter Form und mit neuen Feindbildern dasselbe alte, schäbige Spiel zu spielen“.

In einer dreiteiligen Serie befasst sich *Wolfgang Häusler* mit Friedrich Engels und seinem Werk. Im zweiten Teil beginnt er im vorliegenden Heft mit Anmerkungen zur Veröffentlichungsgeschichte der Werke von Engels und Marx zwischen MEW und MEGA. Eingehender widmet sich Häusler den 1844 veröffentlichten *Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie*, in denen Engels die Theorien von Malthus einer gründlichen Kritik unterzieht. Marx bezeichnete das Werk später als „geniale Skizze“ und nannte es eine Inspirationsquelle für seine eigenen ökonomischen Studien. Besondere Erwähnung verdienen auch die oftmals vergessenen Vorträge, die

¹ *Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung*, H. 10/2020, 60 S., 10,50 Euro (DE) / 8,50 Euro (AT).

Marx in Wien hielt², im Revolutionsjahr 1848, wo es kurz zuvor zu heftigen Kämpfen gekommen war. Auf die von Marx in Wien dargelegten Grundbegriffe, besonders den geschärften Begriff der Arbeitskraft, verwies Engels mehr als 40 Jahre später in seiner Einleitung zu Marx' *Lohnarbeit und Kapital* (MEW Bd. 6, S. 593-599), worin er den bestehenden gesellschaftlichen Zustand als unhaltbar geißelte und die reale Möglichkeit einer neuen Gesellschaftsordnung herausstellte. In Engels' Worten sieht Häusler eine gute Beschreibung und Vorwegnahme der „austromarxistischen Theorie und Praxis“. Die von Engels in seinem Vorwort zur dritten Auflage des *Kapital* (Band 1) vorgenommene, beißende Kritik an den Wortverdrehungen deutscher Ökonomen, denen zufolge „zum Beispiel derjenige, der sich von anderen ihre Arbeit geben lässt, der Arbeitgeber heißt“, sei angesichts heutiger Wortneuschöpfungen wie Home-Office und Ein-Personen-Unternehmer absolut aktuell.

Felix Wemheuer setzt sich kritisch mit der These einer Unterwanderung westlicher Staaten durch China auseinander. Diskutiert wird sie am Beispiel einer diesjährigen Veröffentlichung von Hamilton und Ohlberg. Die chinesische Lobbyarbeit zur Durchsetzung eigener Wirtschaftsinteressen, über Initiativen wie die „China-Brücke“ oder die „Neue Seidenstraße“, betrachten beide Autoren weitgehend isoliert, ohne Verweis auf ähnliche Strategien anderer Staaten. Westliche Politiker oder Unternehmer, die sich positiv zu China äußern, seien dieser These zufolge naiv oder gekauft. Der globale Einfluss chinesischer Medien und Lobbyarbeit werde dabei ebenso überschätzt, wie das militärische Ungleichgewicht zugunsten der USA ausgeklammert werde; darum sei zu hoffen, dass diese politische Haltung nur wenige Anhänger gewinnen könne.

In ihrem Kommentar zum kommenden Parteitag der LINKEN in Erfurt sieht *Elsa Koester* die Partei – unter Verweis auf Reckwitz' Unterscheidung zwischen neuer und alter Mittelklasse – in einer „Zwickmühle“. Setze sie sich stärker für den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Kohle- und Autoindustrie – also für – in Reckwitz' Terminologie – die „alte Mittelklasse“ – ein, drohe ihr der Verlust von Wählerstimmen aus der „neuen Mittelklasse“. Umgekehrt könne sie der Einsatz für feministische Kämpfe, für den Kohleausstieg und geflüchtete Menschen ebenfalls Wählerstimmen kosten. Die Partei stehe zwischen diesen beiden Wählergruppen. Um als Bundespartei handlungsfähig zu werden, müsse sie sich für einen klaren Kurs entscheiden. Kritisch anzumerken bleibt, dass der Kommentar die Ursprünge der jungen Partei ausklammert. Die Agenda 2010, insbesondere die Hartz-Reformen, waren zentraler Anlass für den Zusammenschluss von PDS und WASG. Die LINKE wurde u. a. gegründet, um die Interessen derjenigen zu vertreten, die eben nicht zur Mittelklasse gehören. In Koesters Kommentar tauchen die wirklich und nicht nur „gefühlte“ Abgehängten gar nicht mehr auf. In der Debatte um die strategische Orientierung der

² Marx nahm – von Paris kommend – am 28. August 1848 als Redner bei einer vom „Demokratischen Verein“ veranstalteten Diskussion über die Arbeiterfrage teil. Am 30. August und 2. September 1848 sprach er auf Einladung des „Ersten Allgemeinen Arbeitervereins“ im Theater in der Josefstadt über „Die sozialen Verhältnisse in Westeuropa“ und über „Lohnarbeit und Kapital“. Abreise am 7. September 1848. Vgl. <https://www.wienbibliothek.at/bestaende-sammlungen/objekt-monats-mai-2018-karl-marx-wien>.

Partei die LINKE sollte jedoch diskutiert werden, wie ein politisches Bündnis von Mittel- und Unterklasse hergestellt werden kann. Reckwitz hilft dabei nicht weiter.

Julian Flores

Arbeiterwiderstand, Arbeiterbewegung, Arbeiterkultur

Es mag auf den ersten Blick ein wenig überraschen, dass die „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (BzG) in Heft 3/2020 ein Referat abdrucken, dass Jörg Wollenberg vor mehr als 20 Jahren (auf der geschichtspolitischen Konferenz der VVN in Kassel am 20./31.01.1998) gehalten hat.¹ Verblüffend ist insbesondere, dass der Text bisher noch nirgendwo erschienen ist. Dafür, ihn in die aktuelle Debatte einzuspeisen, spricht freilich viel.

Erstens intervenierte Wollenberg seinerzeit gegen die - insbesondere durch die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft beförderte - Tendenz, den Arbeiterwiderstand gegen den Faschismus links liegen zu lassen. Nicht nur in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung, sondern auch im erinnerungspolitisch bedeutsamen Feld der populären Kultur, beobachtet Wollenberg den Trend, „den Arbeiterwiderstand klein zu machen und die Kommunisten erneut auszugrenzen“ (101). Als „Ersatzheld“ werde stattdessen der „gute Nazi“ aufgebaut, sei es in Gestalt der adeligen Militärs des 20. Juli² oder inkarniert im Protagonisten des in den neunziger Jahren viel diskutierten Films „Schindlers Liste“. Diese Tendenz ist fraglos bis heute ungebrochen.³

Zweitens nimmt Wollenberg nicht nur den organisierten Widerstand in den Blick, sondern auch Formen der Alltagsresistenz. Methodisch plädiert Wollenberg dafür, den Ansatz der Oral-History ernst zu nehmen. 1998 verband sich damit noch unmittelbar die Aufforderung, Erlebnisberichte und Erfahrungen von Zeitzeugen zu dokumentieren. Wollenberg selbst schöpft aus den Resultaten seiner gemeinsam mit Peter Alheit in den achtziger Jahren unternommenen Forschungen zu zwischen 1900 und 1914 geborenen „Arbeiterveteranen“ in Nürnberg und Bremen (113). Heute geht es, zumindest, was den Widerstand gegen den Faschismus betrifft, eher um die Forderung, entsprechende Quellen (Interviews, Memoiren, Briefe usw.) zu beachten. Gerade persönliche Berichte ge-

¹ Jörg Wollenberg, „Arbeiterwiderstand und Resistenz im Alltag – kein Thema?“, in: BzG 3/2020, S. 99-121. (62. Jahrgang, H. 3/2020, 177 S., 16,- Euro. Bezug: trafo-Wissenschaftsverlag, Berlin.)

² Wollenberg rekurriert hierbei auf Hans Mommsens, der darin einen „Rückfall in die personalisierende und moralisierende Sicht der fünfziger Jahre“ ausgemacht hat (S. 104).

³ Gegenüber Steven Spielbergs Film selbst ist Wollenbergs Urteil nicht gerecht. Dass indes neuere Filme mit zweifelnden Nazis Legion sind, es jedoch kaum solche gibt, in denen kommunistischer oder sozialdemokratischer Widerstand thematisiert wird, ist eine völlig richtige Beobachtung. Insbesondere in den 2000er Jahren wurden zahlreiche besonders peinliche filmische Beispiele produziert: Von der „Operation Walküre“ bis hin zum protzigen Nazigrößenbunkerspiel „Der Untergang“, das freilich das von Wollenberg Beschriebene noch dadurch übersteigt, dass hier nicht „gute“, sondern schlichtweg Nazis als Identifikationsfiguren inszeniert werden.

ben Indizien für unterschwellige Formen der Verweigerung und Nichtanpassung, die so weit unter dem Radar stattfanden, dass sich in offiziellen Dokumenten kaum etwas über sie finden lässt.

Drittens arbeitet Wollenbergs Text heraus, dass Resistenz und Alltagswiderstand insbesondere dort vorhanden war, wo sich Arbeiterbewusstsein auch über „Vorfeldorganisationen“ wie die zahlreichen Sport und Kulturvereine der Vor- und Zwischenkriegszeit vermittelte. Nicht zufällig wurden diese Strukturen bereits früh vor an die Macht gelangten Faschismus zerschlagen (113f.). Gerade in dieser Fokussierung auf die Arbeiterkulturbewegung liegt ein zeitgenössischer Interventionswert des Texts. Die Verdrängung des Arbeiterwiderstands aus der Erinnerungskultur korrespondiert mit einer gegenwärtigen Theoriemode, der zufolge insbesondere Unterklassen und „untere Mittelschichten“ anfällig für „populistische Rattenfänger“ seien. Erinnerungspolitisch wird der Aufstieg der neuen Rechten dafür genutzt, die „Eliten“ aus „Politik“, „Wirtschaft“ und „Kultur“ retrospektiv zu exkulpieren. Gegen eine solche Geschichtsklitterung richtet sich die Forderung, die vielfältigen Formen von Arbeiterwiderstand und Alltagsresistenz wahrzunehmen. Dass –im Kontext von Kaltem Krieg und Sozialpartnerschaft – die oppositionelle Arbeiterkulturbewegung nach 1945 zunehmend erodierte, erscheint als zentrales Problem jeder zeitgenössischen Klassenpolitik. Auch wenn – wie Wollenberg zurecht betont – die historische „Arbeiterkultur [...] nicht neu inszeniert werden“ kann (121) und die Arbeiterbewegung bekanntlich nicht in der Lage war, den Aufstieg des Faschismus zu verhindern, sind alternative und oppositionelle Sozialisationsangebote doch ein zentraler Faktor zur Ausbildung von Widerständigkeit und Alltagsresistenz.

David Salomon

Disproportion von Produktion und Konsumtion

Die neu gestalteten „Mitteilungen“ des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.¹ veröffentlichen eine Studie von *Siegfried Prokop*, die eine Fortsetzung seines Beitrags in Z 119² darstellt: „Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980-1989“. Es geht um das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Grundkonzept der DDR unter Erich Honecker, mit dem die DDR in der Systemkonkurrenz insbesondere zur westdeutschen BRD stabil gehalten werden sollte. Die noch unter Walter Ulbricht verfolgte Idee, die Intensivierung des ökonomischen Reproduktionsprozesses in der DDR durch einen massiven Rationalisierungsschub und einen Umbau der Planwirtschaft mit Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse der sozialistischen Betriebe bei Vereinfachung der Planvorgaben voranzu-

¹ Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. (Hrg.), Mitteilungen Nr. 58, Berlin, September 2020, 100 S., 3,- Euro (Bezug: d.goldbeck@web.de).

² Siegfried Prokop, Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der DDR (1970-1976), in: Z 119 (September 2019), S. 102-114.

treiben (NÖS) und damit Voraussetzungen zu schaffen, um das Produktivitätsniveau der westdeutschen Wirtschaft einzuholen, war Anfang der 1970er Jahre ad acta gelegt worden. Darüber hatte Prokop in Z 119 berichtet.

Der neue sozialpolitische Kurs sollte mit dem Wohnungsbauprogramm (1973), Lohn- und Rentenerhöhungen und weiteren Maßnahmen im Bereich der individuellen und gesellschaftlichen Konsumtion der DDR-Bevölkerung signalisieren, dass neben dem grundlegenden Vorzug der Arbeitsplatzsicherheit auch das Konsumtionsniveau mit dem Wachstum der Wirtschaft kontinuierlich angehoben werden konnte – der hegemonialpolitische Kern des Programms in der West-Ost-Konkurrenz um Lebensweise und Lebensstandard. Prokop zeigt, dass dem jedoch enge Grenzen gesetzt waren. Er benennt folgende Probleme:

- Aus der Anpassung des inneren Preismechanismus des RGW an Weltmarktverhältnisse (Übergang von Festpreisen zu Vertragspreisen Mitte der 1970er Jahre) resultierten erhöhte Rohstoffpreise für die DDR, ohne dass sie in gleicher Weise Preissteigerungen bei Industrielieferungen an die UdSSR durchsetzen konnte. Das wurde in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre durch Kredite seitens der UdSSR abgedeckt, seit Anfang der 1980er Jahre jedoch nicht mehr. Damit wuchs der Kreditbedarf im Westen; dem stand – ausgelöst durch die polnische Krise³ – ein zeitweiliger Waren- und Kreditboykott der imperialistischen Länder gegenüber.

- Die wachsende Schere zwischen den Kosten der Sozialpolitik und der Akkumulationskraft der DDR-Wirtschaft hätte nur durch eine deutliche Produktivitätssteigerung geschlossen werden können (57ff.). Der Versuch, dem ab 1977 durch massive Konzentration der Investitionsmittel (lt. Prokop. 50 Prozent) auf Mikroelektronik nachzukommen, scheiterte, weil die Eigenentwicklung zu aufwendig war. Auch für die propagierte Ausrüstung der Wirtschaft mit Industrie-Robotern Anfang der 1980er Jahre fehlten die Ressourcen. Eine breite Kooperation im Rahmen des RGW hinsichtlich Produktion und Absatz, die entsprechende Skaleneffekte mit sich gebracht hätte, kam nicht zustande. Prokop sieht in der „Starrheit der Produktionsverhältnisse in den Ländern des RGW die entscheidende Ursache dafür, dass es ihnen nicht gelang, den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion zu schaffen“ (59).

- Hemmend wirkten sich zudem der hohen Rüstungsanteil (in der DDR Anfang der 1980er Jahre 11 Prozent des Nationaleinkommens, 60) und die Verrechnungsmodalitäten zwischen der DDR und der UdSSR (Wechselkurs; „Sonderkoeffizienten“ für Rüstungsgüter, Truppenstationierung usw.) aus, die, so Prokop, „eine Form des Transfers von Nationaleinkommen der DDR zugunsten der UdSSR“ darstellten (51). 1988 lag der Anteil staatlicher Subventionen für Wohnungsmieten sowie Preise für Waren des Grundbedarfs, Tarife und Dienstleistun-

3

Die VR Polen hatte unter Gierek ein ehrgeiziges Industrialisierungsprogramm auf Basis von Westimporten und -krediten in die Wege geleitet, die aus der laufenden Produktion beglichen werden sollten. Diese Strategie scheiterte mit dem Krise des kapitalistischen Weltmarktes 1974/75: die Exporterlöse brachen langfristig ein, die Schuldenfalle schlug zu, die dadurch ausgelöste ökonomische Krise entwickelte sich im Sommer 1980 zur politischen Krise.

gen bei 22 Prozent des Staatshaushaltes. Das sozialpolitische Programm erzwang kreditfinanzierte Importe, deren Kosten gleichermaßen zu Lasten der Rekonstruktion der produktiven Basis der Volkswirtschaft gingen.

Im gleichen Heft stellt *Manfred Neuhaus* (Leipzig) ein wiedergefundenes Buch aus Engels' Militaria-Sammlung (20ff.) vor, verbunden mit Informationen über den Verfasser (K. W. von Willisen) und Engels Interesse an Militärfragen wegen der „enorme[n] Wichtigkeit, die die partie militaire bei der nächsten Bewegung bekommen muß“ (1851 an Weydemeyer). *Manfred Schöncke* kann nachweisen, dass zwei Photographien von Engels („Brüsseler“ und „Hamburger“ Porträt) bisher falsch datiert wurden und keine Originalphotos, sondern Abzüge früherer Aufnahmen unbekannter Photographen darstellen. Das kann man unter „Kuriosa“ abbuchen, zeigt aber, dass die „Engels-Ikonographie“ auch heute noch „voller Überraschungen“ (40) steckt. Der Z-LeserInnen bekannte Historiker der Arbeiterbewegung *Gerhard Engel* gibt in einem Interview Einblick in seine lebenslange Forschung, in deren Zentrum die Bremer Linksradiakalen (die zweite Quellgruppe der KPD neben „Spartakus“) und die Novemberrevolution standen (Editionsprojekt „Arbeiter- und Soldatenräte in Groß-Berlin 1918/19“).

André Leisewitz

Probleme mit dem Klassenkampf-Begriff

Mit dem Thema „Probleme des Klassenkampfes – heute“ widmet sich die 200. Ausgabe der *PROKLA* dem Schwerpunkt, nach dem sie ursprünglich benannt wurde. Man nehme das Jubiläum zum Anlass, „die wissenschaftliche und politische Relevanz des Klassenkampf-Begriffs nochmal expliziter in Augenschein zu nehmen“ (406), heißt es im Editorial, das auch die bisherige Klassendiskussion des Heftes Revue passieren lässt. Die sechs Beiträge des Schwerpunkts behandeln historische, theoretische sowie aktuelle empirische Aspekte des Klassenkampf-Begriffs und sollen verschiedene soziale Konflikte auf ihren Klassengehalt hin befragen.

David Bebnowski, der über die frühe (Theorie-)Geschichte der *PROKLA* sowie der Zeitschrift *Das Argument* promoviert hat, gibt einen kurzen Rückblick auf die Frühgeschichte der *PROKLA* als publizistisches Projekt der „Neuen Linken“. 1971 im Konflikt aus der Zeitschrift *Sozialistische Politik* ausgegründet, wird ihre Position und Entwicklung als ‚undogmatische‘ marxistische Zeitschrift beschrieben, die, anders als viele andere damaliger Organe, nicht auf die Linie einer bestimmten Organisation festgelegt war und sich in theoretischen Fragen – etwa in der berüchtigten „Staatsableitungsdebatte“ – insbesondere von marxistisch-leninistischen Gruppierungen und Parteien absetzte. Bebnowski attestiert der *PROKLA* eine starke Basisorientierung und eine ambitioniert begründete Position „jenseits der Pole Sozialdemokratie und Kommunismus“ – es sei „um die Suche und das Aufspüren spontaner antikapitalistischer Proteste der Arbeiterklasse, die durch die Theorie Rückendeckung erfahren sollte“ (423) ge-

gangen. Dies schlug sich auch in einem verstärkten Interesse an gewerkschaftlichen Fragen nieder, wie Bebnowski auch zeigt – ein Themenfeld, dem die Zeitschrift ruhig wieder verstärkte Aufmerksamkeit schenken kann.

Einen theoretischen Beitrag zum Verständnis von Klassen und Klassenkampf steuert *Alex Demirović* bei. Gegen eine seiner Ansicht nach reduktionistische Lesart Marxscher Klassentheorie, die soziale Kämpfe außerhalb des Kapitalverhältnisses ansiedelt, argumentiert er, dass das Kapital mit Marx „von vornherein als ein soziales Verhältnis des Kampfes begriffen werden“ müsse (430). Mit Poulantzas betont er daher die „Performativität von Klasse“: Es gebe „nicht die Klassen in der Ökonomie als Ebene der Struktur, die dann auf der Ebene der Politik in ein Kampfverhältnis eintreten“ (ebd.), sondern Klassen befänden sich zu jedem Zeitpunkt im Kampf. Daher müssten alle Existenzformen der Klassen als spezifische Form des Klassenkampfs begriffen werden. Dies impliziere, dass alle Kämpfe – auch solche um Diskriminierung, bürgerliche Rechte oder Ökologie – Klassenkämpfe seien, weil in ihnen die Verhältnisse verhandelt würden, in denen Klassenverhältnisse und -subjekte reproduziert werden. Diesen Gedanken führt er unter Bezug auf Adorno und Althusser aus und schließt mit dem Hinweis, unter „Klasse“ sei seit Marx jener „performative Akt“ zu begreifen, der auf die Überwindung von „durch Herrschaft konstruierten Antagonismen, Identitäten und Praktiken“ ziele (438). Gegenüber strukturalistischen Marx-Interpretationen, die man etwa im Lager der ‚Neuen Marx Lektüre‘ findet, ist Demirovićs Hinweis auf den Konfliktcharakter des Klassenverhältnisses berechtigt. Die Bestimmung von ‚Klasse‘ als zu jedem Zeitpunkt umkämpfter, performativer Kategorie beruht indes auf einem rein theoretischen Verständnis des permanenten Kampfes, der sie kennzeichnen soll. Ferner funktioniert der Ausweis nahezu aller sozialen Konflikte als ‚Klassenkampf‘ nur, wenn der Klassenbegriff um das ihm zugrundeliegende Ausbeutungs- auf ein nicht näher bestimmtes Herrschaftsverhältnis verkürzt wird. Er wird so aber nicht gehaltvoller, sondern büßt an Erklärungskraft und analytischen Unterscheidungslinien zum Verständnis von Form und Inhalt unterschiedlicher sozialer Konflikte ein.

Markus Wissen widmet sich dem Verhältnis von „Klimakrise und Klassenkampf“. Er geht der Frage nach, warum Lohnarbeit und Natur zwar gleichermaßen vom Kapital verschlissen würden, diese „Gleichursprünglichkeit“ von ökologischen und Klassenkämpfen aber nicht zu der so dringend benötigten Koalition von Ökologie- und Arbeiterbewegung führe, sondern oft sogar zu politischer Feindschaft. Aus Sicht einer „Mittelschichts-Ökologie“ müsse das als Beharren auf Privilegien der (Industrie-)Arbeiterschaft erscheinen. Im Lichte einer „ökologisch sensibilisierten Regulationstheorie“ werde dies jedoch als „Nachwirkung vergangener Kämpfe um gute Arbeitsbedingungen, soziale Teilhabe und politische Rechte“ (453) begreifbar. Das entsprechende fordistische Konsummodell stelle aus Sicht der Arbeiterklasse tatsächlich eine Errungenschaft dar und begründe eine ganze Lebensweise. Wissen macht daher die Idee einer „sozial-ökologischen Gebrauchswertorientierung“ als gemeinsame Perspektive einer linken Transformationspolitik für Lohnabhängige und Ökologiebewegung gleichermaßen stark: Sie spreche „die Arbeiter*innen als Produzent*innen“ und

Gestalter ihrer eigenen Arbeit an und ermögliche den Brückenschlag zu progressiven sozialen Bewegungen – in ihr könnten ökologische, feministische, internationalistische und Klassenkämpfe gar zu einer gemeinsamen Transformationsstrategie konvergieren. Klassenpolitisch wäre im Anschluss an Wissens Vorschlag indes zu diskutieren, wie der notwendige Umbau bisheriger Produktions- und Konsumnormen dabei in den Blick genommen und an entsprechende Eigentumsfragen gekoppelt werden kann.

Neben den instruktiven Beiträgen von *Jakob Graf* und *Anna Landherr* zu Klassenkämpfen in Chile als Beispiel des sogenannten „globalen Südens“ sowie von *Dorothea Schmidt* zur eigenständigen Organisation von Arbeitern in Russland 1917 und Berlin 1918 bleibt vor allem der klassenanalytische Betrag von *Thomas Sablowski* zur bundesdeutschen Corona-Krisenpolitik hervorzuheben, der die wirtschaftspolitischen Maßnahmen und „Hilfspakete“ der Bundesregierung auf ihre Auswirkungen für verschiedene Klassenfraktionen der Bourgeoisie und Lohnabhängigen hin untersucht. Die Arbeiterklasse, so Sablowski, sei etwa mit „massiven, existenzbedrohenden Einkommensverlusten“ konfrontiert (538).

Nicht alle Ansprüche, die im Editorial formuliert werden, kann die Jubiläumsausgabe auch tatsächlich einlösen. Gleichwohl liefert die gelungene Auswahl an Themen und Fragestellungen einerseits genügend Anlass zur weiteren Debatte und produktiven Kontroverse – und zugleich eine „Bestandsaufnahme“ der politischen Vielfalt des Projekts, das von marxistischen bis zu eher linksliberalen und libertär-herrschaftskritischen nach wie vor unterschiedliche Ansätze vereint.

John Lütten